

Signatur: 2025.SR.0270

Geschäftstyp: Interpellation

Erstunterzeichnende: Johannes Wartenweiler (SP), Anna Leissing GB), Nora Joos (JA!), Michael Ruefer (GFL)

Mitunterzeichnende: Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Anna Jegher, Mirjam Läderach, Seraphine Iseli, Franziska Geiser, Esther Meier, Mirjam Arn, Lea Bill, Katharina Gallizzi, Ronja Rennenkampff, Lena Allenspach, Dominik Fitze, Judith Schenk, Monique Iseli, Valentina Achermann, Sofia Fisch, Bernadette Häfliger, Emanuel Amrein, Szabolcs Mihályi, Laura Binz, Cemal Özçelik, Shasime Osmani, Lukas Schnyder, Lukas Wegmüller, Barbara Keller, Ingrid Kissling-Näf

Einreichdatum: 11. September 2025

Dringliche Interpellation: Massiver Mietzinsanstieg nach Sanierung der PVK an der Bahnstrasse

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie erklärt und beurteilt der Gemeinderat die gegenüber den gemachten Ankündigungen (+40 Prozent) deutlich höheren Mietzinse (+70 Prozent) nach der Sanierung des PVK-Hochhauses an der Bahnstrasse 59 in Ausserholligen?
2. Wusste der Gemeinderat vorgängig von dieser Entwicklung?
3. Ist bei der Sanierung des zweiten PVK-Hochhauses an der Bahnstrasse 79 mit einem ähnlich massiven Anstieg der Mietzinse zu rechnen?
4. Wie kann der Gemeinderat Einfluss nehmen auf die Kostenstruktur bei den Sanierungen der PVK?
5. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Ziele der Wohnstrategie der Stadt Bern auch in die Zusammenarbeit mit privaten Investor:innen einfließen?
6. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat, damit bisherige Mieter:innen nach einer Sanierung wieder zurück in ihre Wohnungen gehen können?
7. Wie beurteilt der Gemeinderat die Wirkung dieser unerwarteten Steigerung auf andere geplanten Sanierungsprojekte, sowie den Wohnungsmarkt in Ausserholligen?

Begründung

Im Wissen, dass die Personalvorsorgekasse (PVK) eine eigenständige Anstalt der Stadt Bern und primär für die Renten der städtischen Angestellten zuständig ist, sehen wir sie trotzdem in der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Zudem hat die Stadt Bern via Finanzdirektorin das Vize-Präsidium der Verwaltungskommission der PVK inne und ist mit mehreren leitenden Verwaltungsmitgliedern im Anlagekomitee vertreten. Die Sanierung der beiden Hochhäuser an der Bahnstrasse 59 und 79 führte bereits bei der Ankündigung zu Diskussionen. Die Totalsanierung mit der Leerkündigung für alle Mieter:innen wurde als radikal und unangemessen kritisiert und die Forderung erhoben, dass Kündigungen sozial abgefedert und Härtefälle vermieden werden müssen. In seiner Antwort auf die interfraktionelle Interpellation «Kündigungen bei Sanierung sozial abfedern; Verlust von

günstigem Wohnraum vorbeugen» vom Juni 2023 betonte der Gemeinderat, dass «Sanierungen möglichst kostengünstig geplant und realisiert werden sollten, damit die Mietzinse nach Abschluss der Bauarbeiten möglichst tief gehalten werden können». Davon ist an der Bahnstrasse 59 leider nicht viel zu sehen. Dass Totalsanierungen zu deutlich höheren Kosten führen, ist fast unvermeidlich. Wenn diese Kosten aber die angekündigte Erhöhung deutlich überschreiten, stellt sich die Frage nach möglichen Ursachen. Bauteuerung? Standards? Rechnungsfehler? Andere Gründe? Im Interesse einer fundierten Diskussion sollten die Kostenfaktoren der Öffentlichkeit transparent ausgewiesen werden. Können sie nicht plausibilisiert werden, sinkt das Vertrauen bei künftigen Sanierungen. Die Fragen rund um den Anstieg der Mietzinse an der Bahnstrasse 59 stellen sich jedoch auch im Hinblick auf die weiterführenden Folgen dieser Sanierung: Günstiger Wohnraum geht verloren, langjährige Mieter:innen müssen ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld verlassen. das Quartier wird aufgewertet und die Mietzinsschraube dreht sich praktisch ungebremst nach oben. In dieser Situation ist es dringend nötig, dass der Gemeinderat seinen Einfluss nutzt, um die Ziele der Wohnstrategie auch in die Zusammenarbeit mit Privaten einzubringen, damit günstiger Wohnraum in Bern erhalten und die Verdrängung aus der Stadt gestoppt werden können.

Dringlichkeit

Kurze Begründung: Für anstehende Sanierungsprojekte unter massgeblicher Beteiligung der Stadt müssen die Karten auf dem Tisch liegen.